

1. ÄNDERUNG

Stadt Arnstadt

Fraktion Pro Arnstadt
Fraktion DIE LINKE.



Stadtrat der Stadt Arnstadt

Beschlussantrag

Nummer

2016/0371

Datum:

04.05.2016

Bezug-Nr:	
Einreicher	Fraktion Pro Arnstadt
	Fraktion DIE LINKE.

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat der Stadt Arnstadt	12.05.2016	öffentlich beschließend

Arnstädter Interessen vertreten – derzeitige Fassung der geplanten Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform überprüfen und fortentwickeln

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Erklärung und fordert den Bürgermeister auf, diese im laufenden Anhörungsverfahren zum Vorschaltgesetz für eine Gebietsreform gegenüber dem Land offensiv zu vertreten:

1. Der jetziger Arbeitsstand der von der Thüringer Landesregierung geplanten Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform stellt nicht noch nicht ausreichend sicher, dass die Stadt Arnstadt gestärkt und die dauernde finanzielle Leistungskraft gesichert wird.
So ist noch völlig ungeklärt, welche weiteren Aufgaben auf die Stadt übertragen werden sollen. Zudem besteht die Gefahr, dass Arnstadt den Kreissitz verliert. Die in der jüngsten Vergangenheit im unmittelbaren Umland der Stadt vollzogenen Neugliederungsmaßnahmen haben die Entwicklung der Stadt erheblich gehemmt. Es ist völlig offen, inwieweit im Rahmen der geplanten Reform die Stadt-Umland-Problematik in der Region Arnstadt im Interesse aller Beteiligten gelöst wird.
2. Die im Gesetzentwurf zum Vorschaltgesetz für die Gebietsreform formulierte Zielstellung, wonach die Mittelzentren durch weitere Aufgabenübertragungen und Eingemeindungen gestärkt werden sollen, unterstützt der Stadtrat ausdrücklich. Nach Überzeugung des Stadtrates kann Arnstadt als Mittelzentrum durch die Übertragung solcher Aufgaben wie beispielsweise:
 - Bauordnungsrecht,
 - Gewerberecht,
 - Denkmalschutzrecht,
 - Ehrenamtsstärkung,
 - Trägerschaft für Grund- und Regelschulen,
 - ÖPNV-Zuständigkeit

unmittelbar gestärkt werden.

Der Bürgermeister ist aufgefordert, in Gesprächen mit dem Landkreis und Landesbehörden zu verdeutlichen, dass diese genannten Aufgabenübertragungen Arnstadt als Mittelzentrum stärkt.

3. In Gesprächen mit allen Umlandgemeinden ist zu prüfen, inwieweit in der Freiwilligkeitsphase, die bis zum 31. Oktober 2017 geplant ist, Arnstadt und die Region durch freiwillige Eingemeindungen gestärkt werden können. In der Freiwilligkeitsphase besteht die Chance einer zusätzlichen finanziellen Förderung durch das Land. Zudem kann durch den Abschluss von Eingemeindungs- bzw. Fusionsverträgen die kulturelle Identität und weitgehende Autonomie bisher selbstständiger Gemeinden gewahrt bleiben. Der Bürgermeister ist aufgefordert, inhaltliche Angebote für derartige Eingemeindungs- bzw. Fusionsverträge dem Stadtrat umgehend zur Diskussion und Beschlussfassung vorzustellen. Nach Überzeugung des Stadtrates ist das Modell der Ortschaftsverfassung zu favorisieren. Zudem sollte vertraglich Übergangsbestimmungen für die zeitlich befristete Fortgeltung des Ortschaftsrechtes geprüft werden.
4. Der Stadtrat unterstützt die Forderung des Kreistages, dass im Rahmen der geplanten Kreisgebietsreform der Im-Kreis in seiner jetzigen Struktur erhalten und als Ganzes neu gegliedert wird. Der Bürgermeister ist aufgefordert, dem Stadtrat zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie der Status als Kreisstadt erhalten werden kann.

Problembeschreibung / Begründung:
--

Erfolgt mündlich.

gez. Georg Bräutigam
Fraktionsvorsitzender Pro Arnstadt

gez. Frank Kuschel
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.